

# Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 25, Klaus-Groth-Strasse 1, 1. Stock  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

## Zur Wiederaufrichtung unserer Unterstützungseinrichtungen.

Große Freude und starkes Vertrauen zu ihrer Organisation wird es bei allen Mitgliedern auslösen, daß nach dem völligen Zusammenbruch unserer Finanzen durch die Inflation und nach der dieser gefolgt fürchterlichen Arbeitslosigkeit des letzten Winters der Verbandsvorstand schon jetzt dem Veirat eine weitgehende Reform unserer Unterstützungseinrichtungen vorschlagen konnte. Dabei ist noch hervorzuheben, daß die erwähnten ungünstigen Erscheinungen geradezu zwangsläufig zunächst einen Mitgliederverlust zur Folge haben mußten und daß ferner die Umstellung von der früheren Papier- zur jetzigen Gold-(Rentenmark)-Währung mit ihrer nur sechzigprozentigen Kaufkraft, noch dazu in dieser Zeit einer noch nie so fürchterlich erlebten Wirtschaftskrise und Verelendung des Volkes, nur eine ganz allmähliche Steigerung der Verbandsbeiträge auf eine auch jetzt allgemein noch nicht genügende Höhe möglich machte. Und nebenher waren wir auch noch das ganze Jahr hindurch an zahlreichen Kämpfen, vor allem in der Industrie, vornehmlich um den Achtstundentag beteiligt und mußten große Aufwendungen für Aufgaben machen, die früher — vor dem Kriege — nicht an uns herangetreten sind.

Trotz alledem haben wir einen Stand erreicht, der die teilweise Wiedereinführung der im Vorjahre aufgehobenen Unterstützungen möglich macht. Dabei sind wir uns des Ernstes der Situation natürlich voll bewusst. Noch ist das Wirtschaftsleben und die innen- und außenpolitischen Verhältnisse Deutschlands nicht so gefestigt, daß nicht auch neue Rückschläge möglich wären. Das Londoner Abkommen muß sich erst allmählich auswirken und die endgültige Lösung des Reparationsproblems vorbereiten. Wir stehen mitten in Wahlkämpfen, die zeigen müssen, ob das deutsche Volk und vor allem die deutsche Arbeiterschaft reif ist, eine Politik zu garantieren, die den Bedürfnissen des Volkes entspricht und der Erhaltung des Weltfriedens dient, wenn auch Kriegs- und Reparationsgewinnler, nationalistische Feißsporne und phantastische Ideologen die Völker gegeneinander hetzen und an Stelle praktischer sozialer Aufbauarbeit, wie sie von den Gewerkschaften seit ihrem Bestehen mit Erfolg getrieben wurde, Putzschmus, Phrasen und Parolen setzen.

Ein Stück sozialer Aufbauarbeit ist auch der Beschluß des Veirates zur Reform unserer Unterstützungen, erwarten wir davon doch eine Stärkung des Verbandes; denn sie wird das Vertrauen unserer Mitglieder in die segensreiche Wirkung ihres organisatorischen Zusammenschlusses ganz wesentlich heben. Die aufgebrachten Mittel werden sich reichlich lohnen, und es wird sich zeigen, daß eine wirkliche Kampforganisation nur durch soziale Unterstützungen möglich ist.

Da unter den gegebenen Verhältnissen eine gleichzeitige Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung — vor dem Kriege zahlten wir nur Krankenunterstützung — nicht möglich war, entschied sich der Veirat zunächst für die Arbeitslosenunterstützung. Wir hoffen natürlich, in nicht zu ferner Zeit nach weiterer Befestigung unserer Wirtschaftsverhältnisse und der weiteren äußeren Ausdehnung und inneren Kräftigung unserer Organisation auch noch die Krankenunterstützung einführen und die übrigen erhöhen zu können. In nachstehendem geben wir die dazu beschlossenen hauptsächlichsten Bestimmungen wieder. Der Paragraph 23 des Statuts lautet nunmehr wie folgt:

1. Mitgliedern, die dem Verbandsverbande 1 Jahr angehören und 52 Wochenbeiträge gezahlt haben, kann in den vom Verbandsvorstand bestimmten Filialen Erwerbslosenunterstützung gewährt werden. (Siehe § 25 Ziffer 2 und § 18 Ziffer 1 letzter Satz.)
2. Die Höhe der Sätze der Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit täglich und in einer Unterstützungsperiode beträgt:

Beiträge für die Hauptklasse	1. Stufe		2. Stufe		3. Stufe		4. Stufe	
	1 bis 3 Jahre	4 bis 6 Jahre	7 bis 10 Jahre	über 10 Jahre	1 bis 3 Jahre	4 bis 6 Jahre	7 bis 10 Jahre	über 10 Jahre
40	—,80	3,60	—,40	9,60	—,50	18,—	—,60	28,80
50	—,40	4,80	—,60	12,—	—,60	21,60	—,70	33,60
60	—,50	6,—	—,80	14,40	—,70	25,20	—,80	38,40
70	—,60	7,20	—,90	16,80	—,80	28,80	—,90	43,20
80	—,70	8,40	—,80	19,20	90,—	32,40	1,—	48,—
90	—,80	9,60	—,90	21,60	1,—	36,—	1,10	52,80
100	—,90	10,80	1,—	24,—	1,10	39,60	1,20	57,60

### Arbeitslosenunterstützung für Beihilfinge bei Krankheit:

Beiträge für die Hauptklasse	1 bis 3 Jahre		über 3 Jahre	
	täglich	Anspruch 30 Tage	täglich	Anspruch 40 Tage
10	26	5,—	25	10,—

3. Auf ihren Antrag brauchen die Mitglieder während des Bezuges von Arbeitslosen- oder Reiseunterstützung nur den 10.-% Beitrag zu zahlen.

4. Eine Unterstützungsperiode umfaßt 1 Jahr und Zahlung von 52 Wochenbeiträgen, vom Tage des Eintritts beziehungsweise vom letzten Unterstützungstage an gerechnet. Alle Unterstützungen, die innerhalb eines Jahres, wenn auch mit Unterbrechung erhoben wurden, werden zusammengerechnet und kommen bei einem neuen Erwerbslosenfall in Anrechnung. Ueber eine Unterstützungsperiode zurückliegende Bezüge scheiden bei der Berechnung aus.

5. Die innerhalb des vorausgegangenen Jahres bezogenen Unterstützungen werden nach der Zahl der in Betracht gekommenen Unterstützungstage — nicht der bezogenen Summen — angerechnet.

6. Bei Ausarbeit unter 26 Stunden die Woche kann die Erwerbslosenunterstützung für 3 Tage innerhalb jeder Woche nach 6 Tagen Wartezeit ausgezahlt werden.

7. Auf die Unterstützung der Vorklasse haben nur die Beihilfinge Anspruch.

14. Die höchste Unterstützung kann in allen Unterstützungsfällen nur gewährt werden, wenn in den letzten 10 Jahren und 6 Monaten, vom Tage des Eintritts des Unterstützungsfalles zurückgerechnet, mindestens 520 Wochenbeiträge gezahlt sind.

17. Tritt ein Mitglied aus einer höheren in eine niedrigere Klasse über, so hat es vom Tage des Uebertritts an nur Anspruch auf die Unterstützung der niedrigeren Klasse.

Außer der Wiedereinführung von Arbeitslosenunterstützung, was gleichzeitig auch die Gewährung von Reiseunterstützung zur Folge hat, wurde die Streikunterstützung erhöht. Die wichtigsten Bestimmungen aus § 18 des Statuts lauten danach nunmehr:

1. Genehmigte Streiks und Aussperrungen werden vom ersten Werktag an aus der Hauptklasse unterstützt. Sind Kollegen bei andern Lohnkämpfen in Mitleidenschaft gezogen, so richtet sich die Karenzzeit nach den in der hauptbeteiligten Organisation vorhandenen Bestimmungen. Bei besonders großen Kämpfen können Verbandsvorstand und Veirat eine Karenzzeit für bestimmte Zeit beschließen. Bei Streiks in industriellen Betrieben, an denen sich unsere Kollegen gezwungenerweise beteiligen müssen, kann auf Antrag die statutarische Unterstützung gewährt werden. Der Berechnung der Unterstützungsansprüche ist der Hauptklassenbeitrag zugrunde zu legen, der, vom Meldetag zurückgerechnet, vor 13 Wochen gezahlt wurde.

5. Streikunterstützung an Mitglieder unter 26 Wochen kann nur unter besonderer Zustimmung des Verbandsvorstandes aus der Filialklasse verabschiedet werden. (Siehe auch § 15 Ziffer 3, § 19 Ziffer 3, § 20 und § 23 Ziffer 10.) Die Unterstützung beträgt:

Beiträge für die Hauptklasse	1. Stufe		2. Stufe		3. Stufe		4. Stufe	
	1 bis 3 Jahre	4 bis 6 Jahre	7 bis 10 Jahre	über 10 Jahre	1 bis 3 Jahre	4 bis 6 Jahre	7 bis 10 Jahre	über 10 Jahre
40	—,90	4,80	1,—	6,—	1,20	7,20	1,40	8,40
50	1,—	6,—	1,20	7,20	1,50	9,—	1,70	10,20
60	1,20	7,20	1,50	9,—	1,80	10,80	2,10	12,60
70	1,40	8,40	1,70	10,20	2,10	12,60	2,40	14,40
80	1,60	9,60	2,—	12,—	2,40	14,40	2,80	16,80
90	1,80	10,80	2,20	13,20	2,70	16,20	3,10	18,60
100	2,—	12,—	2,50	15,—	3,—	18,—	3,50	21,—

Von dieser Unterstützung können vorläufig folgende hier abgedruckte Sätze aus Auszahlung:

Beiträge für die Hauptklasse	1. Stufe		2. Stufe		3. Stufe		4. Stufe	
	1 bis 3 Jahre	4 bis 6 Jahre	7 bis 10 Jahre	über 10 Jahre	1 bis 3 Jahre	4 bis 6 Jahre	7 bis 10 Jahre	über 10 Jahre
40	—,80	3,60	—,70	4,20	—,90	5,40	1,10	6,60
50	—,70	4,20	—,90	5,40	1,10	6,60	1,30	7,80
60	—,90	5,40	1,10	6,60	1,30	7,80	1,50	9,—
70	1,—	6,—	1,30	7,80	1,50	9,—	1,80	10,80
80	1,20	7,20	1,50	9,—	1,70	10,20	2,10	12,60
90	1,30	7,80	1,70	10,20	2,—	12,—	2,40	14,40
100	1,50	9,—	1,90	11,40	2,30	13,80	2,70	16,20

6. Verheiratete Mitglieder erhalten außer diesen Unterstützungen für jedes Kind bis zur beendeten Schulpflicht für jeden Wochentag einen Zuschlag von 20 % pro Wochentag.

7. Die gleichen Zuschläge gelten bei weiblichen Mitgliedern für Kinder, die von der Mutter allein versorgt werden.

Die Sterbeunterstützung wurde ebenfalls erhöht und wie die Arbeitslosen- und Streikunterstützung um eine 4. Stufe erweitert. Es werden vom 1. Dezember an unter den in § 27 Ziffer 1 niedergelegten Voraussetzungen beim Sterbefall von Mitgliedern, deren Ehefrauen und vom Kindern Unterstützungen in folgender Höhe gewährt:

Beiträge für die Hauptklasse	1. Stufe		2. Stufe		3. Stufe		4. Stufe		Kinder
	1 bis 3 Jahre	4 bis 6 Jahre	7 bis 10 Jahre	über 10 Jahre	1 bis 3 Jahre	4 bis 6 Jahre	7 bis 10 Jahre	über 10 Jahre	
40	10,—	14,—	18,—	22,—	6,—	7,—	8,—	9,—	
50	13,—	18,—	22,—	28,—	7,—	8,—	9,—	10,—	
60	16,—	22,—	28,—	34,—	8,—	9,—	10,—	11,—	
70	19,—	26,—	33,—	40,—	9,—	10,—	11,—	12,—	
80	22,—	30,—	38,—	46,—	10,—	11,—	12,—	13,—	
90	25,—	34,—	43,—	52,—	11,—	12,—	13,—	14,—	
100	28,—	38,—	48,—	58,—	12,—	13,—	14,—	15,—	

### Für Beihilfinge:

Beitrag für die Hauptklasse	1 bis 3 Jahre		über 3 Jahre	
	täglich	Anspruch 30 Tage	täglich	Anspruch 40 Tage
10	10,—	15,—	10,—	15,—

Wir haben hier in möglichst kurzer die wichtigsten Bestimmungen aus unserm nächstens herauskommenden Beitrags- und Unterstützungsregulativ wiedergegeben. Die Kollegen ersieht daraus, daß der Aufbau der Organisation Fortschritte macht und zu den besten Hoffnungen berechtigt.

## Die Konsumkrise.

Trotz des Londoner Abkommens, trotz der zweifellosen Erleichterung der Geld- und Kreditkrise ist noch keine wesentliche Belebung der Produktion eingetreten. Die vollständige Erfolglosigkeit der Leipziger, Kölner und Frankfurter Herbstmesse zeigt dafür, daß die Krise in starker Form noch weiter anhält. Die Lager der Kaufleute werden mit der Zeit leer, trotzdem wollen sie die Vorräte nicht ergänzen, sowohl infolge der allgemeinen Unsicherheit der Preisgestaltung wie auch deshalb, weil sie die künftige Kaufkraft der Bevölkerung ungünstig einschätzen. Die Wäckernte wird eine Einschränkung des Nationaleinkommens und demzufolge der allgemeinen Kaufkraft nach sich ziehen. Insofern die Landwirte den Ernteausfall in Form erhöhter Preise auf die städtische Bevölkerung überwälzen können, muß diese für die schlechte Ernte aufkommen, ihre Kaufkraft wird weiter geschmälert. Man kann mit einer Abnahme der Ernte um 20 % gegenüber dem Vorjahre rechnen. Die aus landwirtschaftlichen Kreisen verbreiteten Gerüchte über einen gewaltigen, 50 % und noch mehr betragenden Rückgang der diesjährigen Ernte sind falsch und bewußt übertrieben. Die Produktion hat sich im allgemeinen noch nicht belebt. Nur die billigen Velleidungsartikel, Textil- und Schuhwaren zeigen eine wesentliche Erhöhung des Beschäftigungsgrades. Die Bestellungen der öffentlichen Anstalten, insbesondere der Reichsbahnen sind bisher ausbleiben. Daher dauert die gedrückte Lage des Maschinen-

und Lokomotivbau weiter an. Mit dem Beginn der Wintermonate ist mit der weiteren Abnahme der Bau- tätigkeit zu rechnen; bekanntlich erhält die Produktion von der Bau- tätigkeit eine mächtige Anregung. Die Zahl der unterfertigten Arbeitslosen belief sich Mitte September auf 575 500, die Kurzarbeit ist weiter noch in den meisten Industriezweigen vorherrschend. Der Hauptgrund für die anhaltende Krise ist die Preisbildung, die sich auch im vergangenen Monat sehr ungünstig gestaltet hat.

Das allgemeine Preisniveau hat sich im September noch weiter erhöht. Der Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung“ zeigte Anfang Oktober gegenüber Mitte September eine durchschnittliche Preissteigerung von über 10 %. Was aber den Kleinhandel anbelangt, so zeigt die Gegenüberstellung der Preise für je 10 Lebensmittel im Großhandel und im Kleinhandel für die Kleinhandelspreise eine schärfere Steigerung als für die des Großhandels. Die Erhöhung des allgemeinen Preisstandes ist in erster Linie auf die Steigerung der Getreide- und Lebensmittelpreise zurückzuführen. Hierfür das Ausmaß dieser Preissteigerungen soll hier nur bemerkt sein, daß die Weizenpreise seit Mitte Juni um circa 60 %, die Roggenpreise aber um volle 100 % sich erhöht haben, trotzdem diese Preise sich Mitte Juli von ihrem Tiefstand in den vorangegangenen Monaten bereits wesentlich erholt hatten.

Die Preisentwicklung für andere Waren zeigte aber ebensowenig den notwendigen Abbau. Bis auf einige ausländische Rohstoffe, wie Baumwolle und Petroleum, sind die Preise der übrigen Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate durchweg höher als in den vergangenen Monaten. Die Kohlenpreise sind trotz der sehr wesentlichen Frachtermäßigung, die Mitte September gewährt wurde, bisher im Preise eher gestiegen als gesunken.

Die übrigen Maßnahmen zur Preislenkung neben einer Herabsetzung der Frachtsätze um 10 % waren die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 25 auf 2 %. Diese Ermäßigung kann wenig in die Waagschale fallen. Der Ertrag der Umsatzsteuer beträgt im Monat durchschnittlich 150 Millionen Mark, wovon ein Fünftel 30 Millionen ausmachen würde. Bei einem monatlichen Warenumsatz von 20 bis 25 Milliarden Goldmark (ein großer Teil der Umsatzsteuer wird hinterzogen!) würde diese Ermäßigung auch dann nicht sehr ins Gewicht fallen, wenn die Verkäufer nicht trachten würden, die ersparte Umsatzsteuer in Form größerer Gewinne auf die Käufer zu überwälzen. Außerdem sind noch die Steuern für Kapitalverkehr und nach Industrieobligationen ermäßigt worden, Maßnahmen, die die Kapitalbeschaffung erleichtern sollen. Eine unmittelbare Wirkung auf die Preise können sie aber nicht haben. Wichtig ist für die Preisgestaltung die Verbilligung des heute so unerträglich hohen Kreditzinses. Die billigeren Zinsen sind nicht nur wegen der Verbilligung der Produktionskosten von größter Wichtigkeit, sondern auch deshalb, weil je höher der Zins nach dem Vertriebskapital ist, um so niedriger die Löhne und Gehälter gehalten werden müssen, wodurch auch die Kaufkraft breiter Schichten geschwächt wird. Die Geldbank hat die Lage insofern etwas erleichtert, als sie den Gesamtumfang ihrer verhältnismäßig billigen (10 %) Kredite an die private Volkswirtschaft um 10 % erweiterte. Die von den Privatbanken geforderten Zinsen sind immer noch außerordentlich hoch, sie bewegen sich um circa 18 % pro Jahr. Da die meisten Unternehmer auf diese Kreditaufnahme angewiesen sind, werden ihre Produktionskosten, solange eine weitere Senkung der Zinsen nicht erfolgt, weiter hoch bleiben. Bei dem großen Kapitalmangel in allerdings auf billiges Geld für absehbare Zeit nicht zu rechnen, insofern wäre für die Verbilligung des Kredits noch ein großer Spielraum. Die gestohlene Aktion der Regierung soll auch die Verbilligung der Staatsanleihe zum Ziele haben. Die Bahn für diese Verbilligung soll nach Abschluß der 800-Millionen-Anleihe freigegeben werden. Dabei kommt aber für ausschließlich nur das amerikanische Kapital in Frage, und es fragt sich, ob die gegenwärtige Geldknappheit nach der Präsidentschaft im November, zu welchem Zeitpunkt eine Verschärfung der Konjunktur erwartet wird, abzuwenden wird. Außerordentlich bedenklich ist für die Preisentwicklung die Überfüllung des Zwischenhandels mit überzähligen Mitgliedern. Die seit dem Krieg sehr vermehrte Anzahl von Zwischenhändlern belastet mit ihren Gewinnforderungen die allgemeine Kaufkraft. Die Spanne zwischen Erzeugerpreisen einerseits, Groß- und Kleinhandelspreisen andererseits ist gegenwärtig verhältnismäßig höher als vor dem Krieg. Die Periode der gestiegenen Geldnot hat vor einigen Monaten viele Nachteile zum Nachteil der Waren zu sehr herabgesetzt. Hierfür verantwortlich; auch diesen manche Inflationen der Vermögensgegenstände während der Geldknappheit zum Schaden. Da gegenwärtig der Geldmangel in früheren Umfang nicht mehr besteht und die Lagerbestände mit der Zeit abnehmen, haben die Kaufleute zum Preisabbau keinen Grund mehr. Die Preisgebung und die Verbilligung haben hier vor schweren Aufgaben. Mit Unterstützung aller kann ein Wandel in diesem Zustand ermöglicht werden, vielmehr handelt es sich um die notwendige Umorganisation der Güterverteilung, die ein langwieriger Vorgang sein wird. Den Genossenschaftlichen muß bei dieser Umorganisation die größte Rolle zufallen. In Bezug auf die Preisgestaltung möchten wir noch die Note der Verkehrsanklagen, Eisenbahn etc., hervorheben. Diese Verkehrsanklagen konnten bei dem allgemeinen Anstiege sehr gut, man kann nicht sagen zu gut, erhalten. Der Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft, Minister Cieser, konnte dieser Note auf Grund der, daß aus den Ergebnissen des laufenden Jahres bereits die 250 Millionen Mark Eisenbahngeld zurückgezahlt werden können. Auch konnte die Eisenbahn bei dem Rückgang von 500 Millionen, den sie Anfang des Jahres bestritt, aber nicht erhielt, vergütet werden. Es ist ein großer Verdienst der Verkehrsanklagen, wie wir schon oben erwähnten. Soll der Preisabbau gefördert und die Kaufkraft der Bevölkerung für lebensnotwendige Artikel gesteigert werden, so müssen die Verkehrsanklagen in ihren Leistungen wirksamer.

Trotz des hohen Preisniveaus, dessen Ursachen oben geschildert wurden, hat sich die Handelsbilanz auch nach dem Monat Juli weiter verbessert. Im August ergab sich nach den rüstigen Einfuhrüberschüssen in den ersten 6 Monaten des Jahres eine gegenüber dem Monat Juli gesteigerte Aktivität der Handelsbilanz um 140 Millionen Goldmark. Allerdings ist dieser Ausfuhrüberschuss viel weniger durch die Steigerung der Ausfuhr als durch die Verminderung der Einfuhr erzielt worden. Da der Einfuhrrückgang sich hauptsächlich auf Rohstoffe und halbfertige Waren erstreckt — von einem Rückgang von 108 Millionen entfallen 55 auf diese Warengruppen — wird sich dieser Rückgang in der späteren Produktion fühlbar machen. Die wichtigsten Handelsvertragsverhandlungen haben vor kurzem begonnen, Deutschland stellte gegenüber Belgien, England und Frankreich die Forderung nach Gewährung der Meißbegünstigung für die deutschen Waren. haben vor kurzem begonnen, Deutschland stellte gegenüber Belgien, England und Frankreich die Forderung nach Gewährung der Meißbegünstigung für die deutschen Waren. Die Verhandlungen mit Belgien und England wurden einstweilen unterbrochen, während die mit Frankreich gegenwärtig geführt werden. Letztere sind für die Gestaltung des deutschen Außenhandels am wichtigsten, da gegenüber Frankreich eine vollständige Neuordnung der Handelsbeziehungen notwendig ist.

### Republik und Gewerkschaftskampf?

Wieder ist der Wahlkampf neu entbrannt. Da ist es für jeden Arbeitnehmer das Natürlichste, dort einzustehen, wo ihm die Gewähr für die Vertretung seiner sozialen Interessen gegeben ist. Doch kann ein freier Gewerkschafter auch nur der Partei seine Stimme geben, bei der der republikanische Gedanke zugleich mit aller Entschiedenheit gewahrt wird.

Denn es bestehen enge geistige Fäden zwischen Republik und Gewerkschaftskampf. Wer seinen Wirtschaftskampf allerdings aus dem engen Gesichtswinkel des Tages sieht und in ihm als letztes Ziel nur einen Brocken mehr für seinen Magen erblickt, der kann von diesen großartigen Zusammenhängen zwischen Republik und Gewerkschaftskampf nichts verspüren. Dem ist das Brot des Tages Selbstzweck. Der steht darüber hinaus nichts Größeres, Höheres.

Gewiß soll der freigewerkschaftliche Kampf auch das wirtschaftliche Recht des Tages wahren. Gewiß soll der freie Gewerkschafter zunächst einmal kämpfen um ein möglichst weites wirtschaftliches Lebensrecht. Doch nicht nur um des wirtschaftlichen Rechtes willen. Der freigewerkschaftliche Lohnkampf ist zugleich der Kampf um den Menschen. Er will dem einzelnen sein wirtschaftliches Recht geben, damit er Mensch sei. Die gewerkschaftliche Organisation will als die Wächterin des wirtschaftlichen Rechtes des einzelnen zugleich der Hort sein der Menschwürde. Und darum ist der Gewerkschaftskampf nicht nur ein Kampf für den Lohn, sondern zugleich ein Kampf gegen den Kapitalismus, damit in einer von wirtschaftlicher Gebundenheit freien Ordnung einmal wahres Menschentum möglich ist.

Eben deshalb muß jeder freie Gewerkschafter auch ein entschiedener Republikaner sein. Denn Republik allein heißt Persönlichkeit. Republik bedeutet für jeden Charakter und Verantwortung und persönlichen Stolz. In der Republik ruht das Geschick des Ganzen auf jedem einzelnen. Sie ist das geordnete Zusammenleben selbstbewusster, selbstbestimmender, freier, ganzer Menschen. Und je mehr jeder einzelne durch die gewerkschaftliche Befreiung von Mammonsketten in seiner Menschwürde wächst, um so mehr bekommt die Republik das Gepräge von Kraft und Innerlichkeit und Eigenart.

Darum die Harmonie von Gewerkschaftskampf und Republik! Nur diese Harmonie erzieht zur innerlichen Freiheit und zum freien Menschentum. Sie bildet die sittliche Kraft und die sittliche Würde. Die Republik ist der politische Rahmen, in dem der geistige Sinn des gewerkschaftlichen Kampfes zur freien Entfaltung gelangt. Nur auf republikanischem Boden kann aus dem gewerkschaftlichen Kampfe heraus einmal werden die neue, große, innerliche Kultur des Menschengeschlechtes.

### Die fehlerhaften Reichsindexziffern über Lebenshaltungskosten.

Bei den zentralen Lohnverhandlungen im Malergewerbe ist schon immer über die Verwendbarkeit der bekannten Indexziffern des Reichsstatistischen Amtes lebhaft gestritten worden. Wir haben stets auf ihren mehr nur theoretischen Wert hingewiesen und sie nur ganz bedingt als Maßstab für die stattfindenden Schwankungen in den Preisverhältnissen anerkannt. Im Vorjahre wurde die Methode der Erhebung und die Auswahl der Gegenstände und Lebensbedürfnisse, die natürlich nur zu einem geringen Teile erfaßt werden können, durch die Initiative des ADGB einer Prüfung unterzogen und die Erhebung so vereinfacht und die Bearbeitung des Materials so beschleunigt, daß die Ziffern allwöchentlich den damals sich überfüllenden Lohnverhandlungen zugrunde gelegt werden konnten.

Siegen wir schon immer starke Zweifel, ob die Ziffern trotz aller Objektivität, die die sie erreichenden Behörden dabei bewahren mögen, die Leistung einigermaßen widerspiegeln, so wurde das Mißverhältnis im Vergleich zu den tatsächlich zu zahlenden und immer weiter steigenden Preisen schließlich so offensichtlich, daß sich der ADGB erneut mit der Angelegenheit beschäftigte und auch wir bei den letzten Verhandlungen mit allem Nachdruck uns dagegen wandten, daß die Indexziffern besonders der letzten Monate als ein bestimmtes Merkmal für den Stand der Lebenshaltungskosten angesehen werden könnten.

Wie nunmehr mitgeteilt wird, hat auch der Lohnpolitische Ausschuß des ADGB in seiner letzten Sitzung am 23. und 24. Oktober, an dem auch Vertreter des Abambundes teilnahmen, Stellung zu der Angelegenheit genommen. Es wird darüber mitgeteilt, daß sich auch unter den Unternehmern die Erkenntnis durchsetze, daß die reichsamtlichen Indexberechnungen große Fehlerquellen enthalten, die veranlassen, daß der amtliche Index nicht einwandfrei die

Verschiebungen der Lebenshaltungskosten zeigt, sondern beträchtlich hinter der tatsächlichen Verteuerung der Lebensmittel zurückbleibt. In zahlreichen Beispielen wurde bewiesen, daß andererseits in der amtlichen vergleichenden Statistik der Durchschnittslohn der einzelnen Berufe viel zu hoch angesetzt ist. Es entsetzt dadurch in der amtlichen Statistik ein falsches und irreführendes Bild von Höhe und Kaufkraft der zurzeit gezahlten Löhne. Das Fehlen objektiver Maßstäbe muß bei Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erschweren und die Konflikte wesentlich verschärfen. Es wurde ein kleiner Arbeitsausschuß eingesetzt, der bereits in den nächsten Tagen mit dem Statistischen Reichsamt und dem diesem beigegebenen paritätischen Indexausschuß verhandeln soll, um eine einwandfreie und objektivere Errechnung der Maßstäbe für die Lebenshaltungskosten herbeizuführen.

Weiter nahm der Lohnpolitische Ausschuß Stellung zu der steigenden Teuerung und den dadurch notwendigen Lohnausgleichen. Die Aktion der Regierung zur Senkung der Warenpreise hat dank der unverantwortlichen Selbstsucht weiterer Unternehmerkreise völlig Schiffbruch erlitten. Die zu einer Preislenkung bestimmten Regierungsmaßnahmen werden strupellos benutzt, den Unternehmer- und Handelsgewinn zu steigern. Das Ergebnis ist lediglich eine steigende Verteuerung der Lebenshaltung. So wenig die Regierung die Aufwärtsbewegung der Preise hindern kann, so sehr widerstreben sie, ebenso wie die Unternehmer, dem Drängen der Arbeitnehmer nach einem entsprechenden Ausgleich der Löhne. Der Arbeitnehmer soll um der Wirtschaft willen seine an sich schon unzureichenden, wie hinter der Kriegszeit zurückgebliebenen Reallohn durch die Teuerung noch weiter entwerten lassen. Die Verhandlungen ließen keinen Zweifel darüber, daß sowohl die Regierung als auch die Unternehmerverbände sich ganz klar darüber sein müssen, daß, wenn sehr tiefgehende Erschütterungen der deutschen Wirtschaft vermieden werden sollen, ein entsprechender Lohnausgleich herbeigeführt werden muß. Nachdem von den Zwangsmaßnahmen der Regierung in der Preisbildung keine Preislenkung zu erwarten ist, kam allgemein zum Ausdruck, daß die ruhige Entwicklung der deutschen Wirtschaft stark gefährdet werden muß, wenn sich die Unternehmer und die staatlichen Schlichtungsbehörden noch länger gegen einen notwendigen Lohnausgleich sträuben.

### Hinein in den „Bücherkreis“!

Eine vom arbeitenden Deutschland seit langem angestrebte Einrichtung ist hoffnungsvolle Wirklichkeit geworden: „Der Bücherkreis“ hat sich gebildet!

Was ist „Der Bücherkreis“? Er ist eine Gelegenheit des billigen Bezuges von Büchern, deren Inhalt den besonderen Wünschen der werktätigen Bevölkerung der Republik entspricht. Das Verlangen, außer der politisch informierenden Literatur, deren Buchpreise dem Säckel der Minderbemittelten angepasst sind, auch Werke der schönen Literatur, sowie Werke wissenschaftlichen und kulturgeschichtlichen Inhalts zu gleich billigen Preisen der Arbeiterschaft an die Hand zu geben, war oft geäußert worden. Welche Kreise wollen außer der politischen auch eine zureichende Information über die Ergebnisse der neuen wissenschaftlichen Forschungen haben, sie wollen ferner in lebendigen Darstellungen das Kulturleben vergangener Epochen vermittelt haben, sie wollen schließlich mit dem dichterischen Schaffen der ernsthaften Autoren unserer Zeit in Fühlung sein, sofern dies Schaffen ihrem Denken und Fühlen entspricht. „Der Bücherkreis“ stellt die sichere materielle Grundlage für das in dieser Richtung sich bewegende Bildungsbefinden dar: für den billigen Beitrag von 1 M. pro Monat werden den Teilnehmern — zunächst — vier Bücher des gekennzeichneten Inhalts geliefert. Auch rein äußerlich werden die zur Ausgabe kommenden Werke allen Anforderungen des Geschmacks genügen.

Ist „Der Bücherkreis“ so zunächst eine Organisation des billigen Bücherbezuges, so ist er darüber hinaus eine Einrichtung von besonderer kultureller Bedeutung insofern, als er einen Gedanken verwirklicht, der gleichfalls oft zuerst auf der Leipziger Kulturwoche, entwickelt worden ist. Er stellt eine Art kultureller Arbeitsgemeinschaft zwischen der Arbeiterschaft und dem für sie tätigen Kreis der Wissenschaftler und Dichter dar: die Mitglieder des Bücherkreises sollen ihre Wünsche hinsichtlich des speziellen Stoffinhalts der Bücher äußern, sie sollen in einer besonderen Rubrik der Monatschrift „Der Bücherkreis“ ihre Gedanken über die ausgegebenen Werke zum Ausdruck bringen, sie sollen Anregung geben, sie sollen Debatten in Fluß bringen, sie sollen eine fruchtbare Wechselwirkung zwischen Autorschaft und Leserschaft herstellen. Das demokratische Prinzip der Zeit wird im „Bücherkreis“ auf ein Gebiet übertragen, auf dem es bisher nicht in Erscheinung getreten ist.

Dem literarischen Beirat des „Bücherkreises“ gehören an Martin Andersen Nexø, Hans Baluschek, Arno Holz, Paul Kampffmeyer, Karl Henckell (München).

Die Ausgabe des ersten Wertes erfolgt im Dezember dieses Jahres.

Eine Reihe von Zahlstellen des „Bücherkreises“ ist bereits in allen Teilen Deutschlands eingerichtet worden. Für Hamburg ist die Zahlstelle die Buchhandlung Auer & Co., Fehlandstraße 11.

Wo noch keine Zahlstelle geschaffen ist, ist dringend zu empfehlen, eine solche ins Leben zu rufen. Die Hauptgeschäftsstelle „Der Bücherkreis“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, ist angewiesen, beratend und durch Belieferung mit dem nötigen Werbematerial helfend zur Seite zu stehen. An die genannte Hauptgeschäftsstelle können auch Beitrittserklärungen Einzelner eingereicht werden.

„Der Bücherkreis“ ist ein Ausdruck des Kulturwillens des werktätigen Volkes. Es ist nötig, seinen Ausbau zu fördern!

### Eingefandt.

#### Arbeitslosenversicherung und Arbeitgeber.

Die Frage des Arbeitslosenbeschutzes, die nun schon fast Jahren in den Gemeinden, in den Landparlamenten und im Reichstag diskutiert wird, ohne daß für die Armen der Arbeiter eine Binderung ihrer Notlage eintritt oder die dringliche gesetzliche Regelung erfolgt, hat für uns Maler erhöhte Interesse. Gerade wir, die wir durch den Saisoncharakter unseres Gewerbes in jedem Jahre die Arbeitslosigkeit erneut

durchkosten müssen, sollten darauf drängen, daß endlich auf diesen Gebiete Taten vollbracht werden.

Aber auch die Arbeitgeber befaßen sich mit diesen Fragen. So hat in diesen Tagen der Bund badischer Arbeitgeberverbände in einer Mitgliederversammlung sich in der Hauptsache mit den wichtigsten Fragen der sozialpolitischen Gesetzgebung befaßt.

Nach eingehenden Referaten wurde eine Entschließung angenommen, in der von der Reichs- und Landesregierung verlangt wird, daß bei der Durchführung des Washingtoner Abkommens nicht bloß politische, sondern vor allem die wirtschaftlichen Gründe in den Vordergrund gestellt werden.

Sie betonen dabei ausdrücklich, daß sie Gegner jeder rein schematischen Regelung der Arbeitszeit sind und lehnen zur Frage der Arbeitslosenversicherung nicht nur jede Gefahrengemeinschaft ab, sondern sprechen sich gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung aus.

### Gewerkschaftliches.

Das Berliner Arbeitersekretariat konnte am 15. Oktober auf sein 25 jähriges Bestehen zurückblicken. Schon bevor die Berliner Gewerkschaftskommission im Jahre 1898 eine Erweiterung ihres Bureaus beschloß, hatte sie die Aufkündigung auf allen Gebieten des sozialen Lebens eingeführt.

### Sozialpolitisches.

Die Bedeutung der 800-Millionen-Anleihe. Die 800-Millionen-Anleihe ist ein wichtiger Bestandteil des Dawes-Planes; sie soll dem Zweck dienen, der neuen Reichsbank die Notenausgabe in einem für die Wirtschaft nötigen Ausmaß zu ermöglichen.

arden Goldmarkt. Für die Befriedigung des Kapitalbedarfs der Industrie gibt die Anleihe, beziehungsweise die dadurch ermöglichte Notenausgabe, wenn man die nötige erhebliche Steigerung der Produktion ins Auge faßt, keinen großen Spielraum.

Der trägt die Agrarzölle? Die deutschnationalen Befürworter der Agrarzölle behaupten, die einzuführenden Agrarzölle würden nicht vom Inland, sondern vom Ausland getragen.

### Zum 9. November.

Vier Jahre Schmutz und Blut und Kot und Tod Und dann dieser Tag, Der wie ein flammendes Schelt Von Ewigkeit zu Ewigkeit Im Dunkel der Zeiten auflodert.

O dieser Tag, An dem wir die Ketten der Fron Und die mörderischen Gewehre zerbrachen Und hinter stürzenden Tronen und rollenden Kronen

Es lebe die völkerbefreiende Revolution! O dieser Tag, Da in den Augen der Elenden, Armen, Verdammten, Zum Gruss an die Welt, dass die Arbeit nun frei, Dass die Zeiten der Knechtschaft endlich vorbei, Die Feuer der Freiheit und Freude aufblammen.

O dieser Tag! Und dann diese schmerzvollen, endlosen Jahre, Brüder der Arbeit standen im Streik, Die der herrlichste Kampf auf der Erde entzweit, Der Kampf um die Freiheit, das Gute und Wahre.

O diese Schmach Der Jahre, in denen die tödliche Meute Der Feiglinge, die wir einst hohnäheind verjagt, Uns wieder entrissen die kostbare Beute, Von der nur ein Rest die Zeit überragt.

Wann wird's wieder Tag? Wann schliesst sich zum Bunde Das Volk, das nach Freiheit und Frieden sich sehnt? Wann schlägt für jene die letzte Stunde, Die selge das Wollen des Volkes verhöhnt?

O dieser Tag, Der herrlich und strahlend einst wird erstehen, Da geehrt das Volk seine Ketten zerbricht, Da die Fahnen der Arbeit im Morgenwind wehen: Es lebe der Freiheit ewiges Licht!

Erich Weiser.

getragen werden müssen. Was bedeutet diese Belastung? Nach seinen Berechnungen haben die Agrarzölle vor dem Kriege die getreideliefernde Bevölkerung mit 20 M. pro Kopf im Jahr belastet.

### Auslese der Arbeiter oder Erleichterung der Arbeit?

Der Leiter des Instituts für Psychologie in Berlin, Dr. Otto Lippmann, beschäftigt sich in der „Betriebswirtschaftlichen Rundschau“ mit der Frage der Auslesemethoden und der Eignungsprüfungen, die vor der Einstellung in die Arbeit vorgenommen werden.

Nicht soll man Menschen ausfindig machen, die durch ihre besonderen körperlichen und geistigen Eigenschaften zur Bedienung einer solche Anforderungen stellenden Maschine oder Arbeitsmethode geeignet sind, sondern man soll die Maschinen und Arbeitsmethoden an die allgemeinen körperlichen und geistigen Eigenschaften der Menschen, die an ihnen oder mit ihnen arbeiten sollen, anpassen.

auf geeignete Ufern- und Ausbildungsmethoden an, mit denen die Arbeiter nach ihrer Einstellung erzogen werden. Die wirkliche Auslese findet nicht vor dem Eintritt, sondern innerhalb des Betriebes statt.

### Gewerbe- und soziale Hygiene.

Wandbilder zur Unfallverhütung. Das von der Reichsarbeitsverwaltung veranstaltete Preis ausschreiben für Wandbilder, die in den Betrieben den Wert der Arbeiterschutzvorrichtungen deutlich machen sollen, hat rege Beteiligung gefunden.

### Genossenschaftliches.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Konsumgenossenschaften gegenüber dem privatwirtschaftlichen Handel steht zwar außer allem Zweifel, sie wird aber noch viel zu sehr von ihren eigenen Mitgliedern unterschätzt.

Wenn also trotzdem die Konsumgenossenschaften im Zeitraum von 20 Jahren von rund 1000 Vereinen mit 850 000 Mitgliedern ihre Zahl auf 2000 mit 4 1/2 Millionen, also die Mitgliederzahl vervielfachen konnten, so müssen die wirtschaftlichen Leistungen schon ganz erhebliche gewesen sein, um ein solches Ergebnis zu erzielen.

Dem ist auch so, und zwar in zweierlei Hinsicht. Die preisregulierende Wirkung der Konsumgenossenschaften ist eine feststehende Tatsache, die leider nur zu oft übersehen und nicht gewürdigt wird.

Diese Wirkung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation läßt sich wenn auch nicht statistisch erfassen, so doch immerhin einigermaßen berechnen. Von den circa 15 Millionen deutschen Haushaltungen dürften 12 Millionen als solche Verbraucher im Betracht kommen, die von ihrem Jahreseinkommen durchschnittlich 700 M. für Waren ausgeben, die in jeder Konsumgenossenschaft zu kaufen sind.

Dazu kommt nun noch die den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften direkt zustießende Ersparnis in Form von Rückvergütungen und billigeren Warenpreisen (früher auch fälschlicherweise „Dividende“ geheißen oder Habatt). Dem Durchschnitt nach dürfen dieselben beim Eintritt normaler Zeiten auf 10 % des jeweiligen Warenwertes angenommen werden, wenn auch seit den Kriegsjahren und in der Inflationszeit die Rechnung von andern Gesichtspunkten aus „aufgemacht“ werden muß.

Würden um die 4½ Millionen Mitglieder der Konsumgenossenschaften ihre Warenbedürfnisse restlos in ihren eigenen Wirtschaftsunternehmen decken, so müßte ebenfalls ein Jahresdurchschnittsumsatz von mindestens 700 Goldmark sich ergeben. Und dies würde nach dem bekannten Rechenmeister Adam Niese, der das Einmaleins erfunden haben soll, bedeuten:  $700 \times 4.500.000 = 3.150.000.000$  (3 Milliarden 150 Millionen Goldmark Umsatz). Und da die Ersparnis, insbesondere bei der Höhe dieses Umsatzes, mindestens 10 % betragen würde, so hätten die deutschen Konsumvereinsmitglieder in einem Jahre den immerhin ansehnlichen Betrag von 315 Millionen Goldmark aus ihren genossenschaftlichen Unternehmungen „herausgewirtschaftet“.

Zusammen mit dem durch die Preisregulierung erzielten Betrag ergibt sich hiernach die wirtschaftliche Leistung von einer Milliarde Goldmark, die die Konsumgenossenschaften gemäß ihrem inneren Wesen, ihrer organisatorischen Eigenart der deutschen Volkswirtschaft ersparen können.

Leider haben die meisten Mitglieder der deutschen Konsumgenossenschaften das einfache Einmaleins des Rechenmeisters Adam Niese noch nicht richtig begriffen, denn ihr Umsatz betrug vor dem Kriege durchschnittlich nur etwa 400 M. für eine Genossenschaftsfamilie und gegenwärtig ist er gar nur auf höchstens 250 M. zu berechnen.

Nichtsdestoweniger bleibt die preisregulierende Wirkung in dem errechneten Betrage als eine Ersparnis der 12 Millionen Haushaltungen und dennoch als Zuschuß zur deutschen Volkswirtschaft bestehen, und es liegt nur bei den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften, die zweite wirtschaftliche Leistung an sich selbst nach Belieben zu erhöhen: Durch Steigerung ihres Warenumsatzes.

Adam Niese soll uns das Einmaleins nicht umsonst gelehrt haben.

## Vom Ausland.

### Der Internationale Kongress für Sozialpolitik in Prag zum Achtstundentag.

Der vom 2. bis 6. Oktober in Prag stattgefundenen Internationale Kongress für Sozialpolitik, dem auch zahlreiche Arbeitervertreter der verschiedenen Länder beiwohnten, nahm folgende Resolution zum Achtstundentag an:

In Erwägung, dass der Achtstundentag den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer gehoben, ihr Familienleben günstig beeinflusst, ihnen grössere Möglichkeiten zu allgemeiner und beruflicher Ausbildung gewährt, das Gefühl ihres Eigenwertes verstärkt und ihnen so als Bürger und Produzenten erhöhte Bedeutung verliehen hat; in Erwägung, dass nachweislich der Achtstundentag, weit entfernt, die Produktion automatisch zu vermindern, sie sogar zu steigern geeignet ist, besonders dort, wo sie mit einer methodischen Arbeitsorganisation und einer Vervollkommenung der Arbeitsmittel Hand in Hand geht;

in Erwägung, dass der soziale Wert des Achtstundentages ein so überwiegender ist, dass die Schwierigkeiten politischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Natur es nicht zu rechtfertigen vermöchten, in einzelnen Ländern Massregeln zu ergreifen, die die Gefahr mit sich brächten, dass die allgemeine Anwendung des Achtstundentages aufgegeben und so soziale Kämpfe verursacht würden, fordert der Kongress, in der Ueberzeugung, dass die Aufrechterhaltung des Achtstundentages in allen Ländern am besten durch eine internationale vertragliche Bindung der Regierungen gewährleistet wird, die sofortige und vorbehaltlose Ratifikation des Washingtoner Übereinkommens durch alle Staaten, die Mitglieder der internationalen Arbeitsorganisation sind.

Er fordert ferner die Einführung einer entsprechenden Gesetzgebung in den übrigen Staaten.

Der Kongress empfiehlt, die Vorteile des Achtstundentages durch internationale Übereinkünfte mit den nötigen Anpassungen auf alle Arbeiter zu erstrecken, nachdem Erhebungen über die besten Mittel zur Verwirklichung einer solchen Erweiterung ihres Geltungsbereiches aufgestellt worden sind.

Ebenso verlangt er, dass durch ein internationales Abkommen die Höchstzahl der Ueberstunden, der wöchentliche Ruhetag und die Urlaube für die Arbeiterschaft geregelt werden.

Der Streik um die Akkordarbeit in Göteborg.

Einen annähernd 5 Monate währenden Streik führte in diesem Sommer die Filiale Göteborg des schwedischen Verbandes durch. Er entstand aus den scharfen Gegensätzen über die Arbeitsform, die seit 6 Jahren hier zwischen den Unternehmern und den Gehilfen vereinbart war. Während die Hauptorganisation der Malermeister in Schweden sich verhältnismässig wohlwollend gegen das Akkordsystem stellt und mehrfach zu seiner Anwendung im grössten Umfang mitgewirkt hat, haben die Malermeister in Göteborg sich einem geordneten Akkordsystem mit bestimmten Stückpreisen entschieden widersetzt. Nach und nach sind sie aber doch gezwungen worden, die Akkordarbeit bei den hauptsächlichsten Arbeiten gut-zulassen, aber zur Jahreswende 1923 und 1924 haben sie den bestehenden Vertrag mit der Forderung der Aufhebung des Akkordsystems und überdies einer Herabsetzung des Stundenlohnes um 17 Oere die Stunde beziehungsweise 1,35 bis 1,20 Kr. gekündigt.

Die Arbeiter hatten zugleich den Vertrag mit der Forderung des obligatorischen Akkordsystems und einer Erhöhung des Stundenlohnes auf 1,50 Kr. gekündigt. Während der Verhandlungen hatten die Meister beziehungsweise ihren Anspruch auf Stundenlohnherabsetzung zurückgezogen, aber wegen des Akkordsystems hielten sie an ihrer Auffassung fest. Am 4. April begann der Streik.

Der S. Richter des Staates griff am 8. Mai ein, aber er legte einen Vermittlungsvorschlag erst am 13. Mai vor. Dieser wurde von den Arbeitern abgelehnt, worauf der

Schlichter erneut am 18. Juni eingriff. Hier wurde ein Vorschlag unterbreitet, der dem Verlangen der Arbeiter nach einem Stundenlohn von 1,50 Kr. entgegenkam, der aber in der Akkordfrage an dem Standpunkt der Meister im allgemeinen festhielt. Der Vorschlag wurde abgelehnt und der Streik weitergeführt. Einzelne Unternehmer trafen besondere Vereinbarung mit unserer örtlichen Organisation, aber insgesamt war die Lage dieselbe. Ende Juli legte der Vergleichsmann einen neuen Vorschlag vor, der in der Akkordfrage etwas weiter ging, aber im übrigen unbefriedigend war. Hierauf wurden die Vertreter der Hauptorganisationen zugezogen und neue Verhandlungen eingeleitet, die endlich zu einem Vorschlag führten, der von den Parteien gutgeheissen wurde. In ihm wurde grundsätzlich festgestellt, dass alle Arbeit, deren Preise im Akkordtarife festgelegt sind, in Akkord ausgeführt werden müssen. Gewisse Ausnahmen wurden zwar bewilligt, aber dafür wurde als Entschädigung ein höherer Lohn bei Stundenarbeit, nämlich 1,40 Kr., eingeführt. Während der Akkordarbeit werden 1,40 Kr. als Abschlag gezahlt. Dies Übereinkommen wurde endgültig am 19. August gutgeheissen. Der Kampf hatte 4½ Monate gedauert und den Verband 139.000 Kr. gekostet; überdies hatte die Filiale Göteborg etwa 50.000 Kr. zu Reise- und Wohnungsgeldzuschüssen und vorläufigen Unterstützungen an bedürftige Kollegen ausgezahlt.

Das Ergebnis des Kampfes ist eine Erhöhung des Stundenlohnes um 23 Oere, das Feststellen des Akkordprinzips im Verträge und 9 % Erhöhung der alten Akkordpreise. Die Niederlage der Unternehmer kann man an der Tatsache sehen, dass sie eine Lohnherabsetzung von 17 Oere und die Beseitigung des Akkordsystems nach der Preisliste verlangt hatten.

Der Vorsitzende unseres holländischen Bruderverbandes, Kollege A. W. Jansch, musste vor längerer Zeit wegen schwerer Erkrankung ein Krankenhaus aufsuchen. Nach monatelanger Kur ist er jetzt wieder soweit hergestellt, dass er vor einigen Wochen nach seiner Wohnung zurückkehren konnte, damit er sich dort weiter erholte und seiner Genesung entgegensehen kann. Wir freuen uns über diese günstige Wendung und wünschen dem ausgezeichneten Führer seiner Gewerkschaft und allgemein als Freund und lieben Kollegen sehr geschätzten Mitarbeiter auch an unserer internationalen Sache, dass er recht bald an seinem Posten mit gewohnter Tatkraft zu wirken vermag.

## Verschiedenes.

Eine Reklamenmesse in Leipzig. Wie wir erfahren, wird zur bevorstehenden Frühjahrsmesse im Rahmen der Leipziger Allgemeinen Mustermesse vom 1. bis 7. März eine Reklamenmesse stattfinden. Die Räumlichkeiten stehen bereits zur Verfügung. Die Beteiligung wird in Anbetracht des allgemeinen Bedürfnisses an wirkungsvollen und modernen Reklame- und Propagandamitteln aller Voraussicht nach sehr stark sein. Da zur Leipziger Messe fast 15.000 Aussteller aller Industriezweige und weit über 100.000 Einkäufer aus aller Welt kommen, dürfte die Reklamenmesse als Sonderabteilung der Leipziger Messe eine Beachtung finden, wie sonst nirgends in der Welt.

## Literarisches.

J. Dubegeest: „Die internationale Sozialgesetzgebung“, 104 Seiten, 1924. Internationaler Gewerkschaftsbund, Amsterdam. Vertrieb für Deutschland durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14. Der Verfasser legt vor allem dar, wie eine Sozialgesetzgebung, die den Forderungen der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit entsprechen soll, beschaffen sein muß. Es genügt nicht, daß die reaktionären Maßnahmen der Unternehmer und Regierungen abgewehrt werden, sondern es muß gleichzeitig mit dem Aufgebot aller Kräfte für den Ausbau der Sozialgesetzgebung Sorge getragen werden. Die Schrift beschäftigt sich ferner in ausführlicher Weise mit dem Vereins- und Verammlungsrecht, den Achtstundentag, der Wohnungsfürsorge, der Sozialversicherung und dem Witwenbestimmungsrecht. Der Broschüre sind Berichte aus 12 Ländern aus der Hand von Sachkundigen über den Stand der Sozialgesetzgebung nach dem Kriege beigelegt. Diese Publikation erscheint auch in französischer, englischer und holländischer Sprache. Der Preis der deutschen Ausgabe beträgt 2 M.

Die Erforschung von Grönland. Von Hans Egede. Bearbeitet von Dr. R. Hendrich. Verlag: F. A. Brochhaus, Leipzig. Der dänische Seefahrer Hans Egede, der zu Beginn des 18. Jahrhunderts jahrelang bei den Grönländern lebte, hat über seine Ergebnisse interessante Aufzeichnungen hinterlassen, die für die Länder- und Völkerverhältnisse Grönlands von hohem Werte sind. Es ist darum sehr zu begrüßen, daß der bekannte Verlag Brochhaus in seine wertvolle Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer“ auch die Beschreibung Grönlands aufgenommen hat, die Hans Egede geschrieben und sein Sohn und Nachfolger Paul ergänzt hat. Dr. Hendrich hat diese Aufzeichnungen unter dem Titel „Die Erforschung von Grönland“ herausgegeben und mit einer wertvollen Einleitung über die Entdeckungsgeschichte und Missionsgeschichte Grönlands versehen. Das lehrreiche, empfehlenswerte Buch ist mit zahlreichen alten und neuen Abbildungen aus dem Leben der Grönländer ausgestattet. Es scheint eine schwere Aufgabe zu sein, in einem Lande nahe dem Pole mitten in Nacht und Eis zu leben, und man möchte glauben, daß Land und Meer nur eine mehr als färgliche Nahrung bieten können. Die Eskimos sind aber ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, daß die Länder am Nordpol durchaus nicht so menschenfeindlich sind, und wo man auch Egedes Beschreibung aufschlagen mag, tritt einem klar entgegen, daß die Eskimos sich ihres Lebens freuen, und der Schall ihrer Sprache ist ihnen gar arg im Ohren. Das hat Hans Egede in seinen Briefen manchmal erfahren müssen, wenn ihn die Eskimos gefragt haben, ob er nicht bald aufhöre. Er mußte ihnen am Arm zeigen, wie lang das Stüd sei, das er noch zu predigen habe, und seinen Sohn haben sie gar, wenn er in der Kirche ein frommes Lied sang, einen neuen Handtuch vor den Mund gehalten, damit er nicht weiterreden konnte. Natürlich war Egede manchmal erbost, daß die armen Seiden durchaus nicht ohne weiteres das Bessere des Christentums erkennen wollten, und die Janberer fühlten sich oft im Besitz ihrer geheimen Rünste sehr erhaben über den arbeitsigen Europäer.

## Bekanntmachung.

### Ehrendiplome für Verbandsmitglieder.

Im April 1925 feiert unser Verband sein 40jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß soll allen Kollegen, die über 30 Jahre Mitglied unserer Organisation sind, ein Ehrendiplom überreicht werden.

Zur Erlangung geeigneter künstlerischer Entwürfe für ein solches Diplom erläßt der Verbandsvorstand ein Preisauschreiben. Die Entwürfe sind in der Größe von 24 cm Breite und 36 cm Höhe anzufertigen. Nur korrekt durchgearbeitete Entwürfe eigener Erfindung, deren Reproduktion in Lithographie oder Vierfarben, Autotypie (Negativ) möglich ist, können berücksichtigt werden. Die Einsendungen müssen spätestens bis 15. Dezember 1924 im Besitz des Verbandsvorstandes sein. An Preisen werden ausgesetzt: ein erster Preis von 300 M., ein zweiter Preis von 200 M., zwei dritte Preise von je 100 M. und zwei weitere Preise von je 50 M. Die preisgekrönten Entwürfe gehen in den Besitz des Verbandes über. Den Preisrichtern bleibt eine andere Verteilung der ausgeworfenen Gesamtsumme vorbehalten. Die näheren Bedingungen können die sich an dem Preisauschreiben Beteiligten vom Vorstand des Verbandes, Hamburg 25, Klaus-Groth-Straße 1, erhalten.

Achtjährige Mitgliedsbücher, die 1924 zum Umtausch kommen müssen, können schon jetzt, sofern die Beiträge bis zum Jahreschluß in Ordnung sind, eingesandt werden. Auch die Bücher, in die voriges Jahr ein Beitragssblatt für 1924 geklebt wurde, müssen dieses Jahr zum Umtausch eingesandt werden. In keinem Falle dürfen etwa noch vorhandene Beitragssblätter für 1925 verwendet werden! Wir ersuchen die Funktionäre, die vollen Bücher vor Einsendung genau zu prüfen, ob die Beiträge in Ordnung sind und die Extramarken für die 19. bis 22. Woche 1922 und 24. bis 27. Woche 1923 geklebt sind. Diese Extramarken sind von allen Mitgliedern, also auch von Lehrlingen und weiblichen, laut Statut zu leisten. Bücher, in denen diese Beiträge nicht in Ordnung sind, gehen zur Regelung an die Filialen zurück. Alle zur Zeit gültigen Beitragsmarken sind jetzt getrennt nach Hauptklassenbeitrag und Lokalaufschlag hergestellt; zum Beispiel: 80/30 = (110). Wir ersuchen deshalb die Kassierer, alle alten Marken mit Einheitssumme zum Beispiel: 110 = (80/30) einzuziehen, zu 100 auf Papier zu kleben und an die Hauptkasse einzufenden. Zur Berechnung bei Umtauschungen ist der getrennte Beitrag nötig.

Mit Schluß der 29. Woche scheiden die früheren beitragsfreien (schwarzen) Marken aus. Von der 40. Woche an treten die neuen Arbeitslosenmarken à 1/4 M., mit Beginn der 45. Woche die neuen Vorklassenmarken à 1/4 M. in Kraft. Daher sind mit Schluß der 44. Woche die bisherigen Vorklassenmarken à 1/4, 1/2, 3/4 und 1 M. ungültig. Wir ersuchen die Verwaltungen, die oben bezeichneten Beitragsmarken, sowie die alten beitragsfreien und die Vorklassenmarken umgehend einzuziehen und an die Hauptkasse einzufenden.

Der Verbandsvorstand.

Vom 2. bis 8. November ist die 45. Beitragswoche.

## Sterbetafel.

Gera. Am 20. September starb unser Kollege Kurt Radtke, Perle. Am 23. Oktober starb unser Kollege Ernst Wingenried nach langjähriger Krankheit an Tuberkulose im Alter von 46 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

## Anzeigen

**Verlegbares Malerlineal,** in jeden Arbeitskoffer passend, Preis inkl. Verpackung u. Nachnahme 2 M. Karl Mitscherlich, Wauzen, Fittigstr. 48.

**Malerschule Zimmermann** früh. Kursleiter an der Gewerbeschule und staatl. Lazarettchule

**holz, Marmor, Schrift**

**Mannheim-Neckarau** Telephone 3536 Man verlange reich illustrierten Prospekt Vom Gehilfenverband Mannheim-Ludwigshafen als hochleistungsfähig anerkannt und empfohlen.

**Abendkurse** für neue Holz- und Marmorarbeiten, auch Sonntagsteil **Friedr. Popp, Hamburg-Opendorf, Regelhoffstr. 27, Hochpart.**

**Für jeden Malergefellen** kommt im Winter eine schlechte Zeit, da es keine Arbeit mehr gibt. Ich kann jedem einen guten Verdienst verschaffen. Ich bin sicher in Ihrer Stadt mit vielen Malermeistern bekannt und es wird ihnen deshalb nicht schwer fallen, an diese einzig dastehenden, mehrfarbigen Wandbemusterungssysteme zu verkaufen. Viele Gefellen arbeiten bereits für mich und haben einen guten Verdienst. Jederzeit können die Namen dieser als Referenz angegeben werden. Machen auch Sie einen Versuch! Es entstehen Ihnen keinerlei Verpflichtungen. Sie werden vielmehr bei Ihrer Arbeit durch mich tatkräftig unterstützt, so daß auch bei Ihnen der Erfolg nicht ausbleibt.

**Karl Natzmer, Börsenpl. i. Thür.**